

Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Reker

Geschäftsführung

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 23.06.2020

Antrag/Beschlussempfehlung

Auswirkungen der Pandemie auf behinderte Menschen in Köln

Antrag:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln beschließt folgende Empfehlungen an die Fachausschüsse des Rates, die u.a. Themen befassen:

Beim weiteren Umgang mit dieser Pandemie sind die Bedarfe behinderter Kölner Bürger*innen stärker zu berücksichtigen. Des Weiteren sind für künftige Ereignisse die bisherigen Erfahrungen zu analysieren und in Notfallpläne für die Zukunft einzuarbeiten.

Strukturen zur Unterstützung behinderter Menschen in Köln dürfen nicht beschädigt werden und Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Behinderte Menschen in besonderen Wohnformen müssen wieder in die Lage versetzt werden, am Leben in der Gesellschaft teilhaben und mitwirken zu können und soziale Kontakte pflegen zu können.

Wesentliche Informationen müssen umgehend in Leichter Sprache, Gebärdensprache und barrierefreien Dokumenten zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Die schnelle und bedrohliche Verbreitung des Sars-2-Virus hat das Leben von allen Kölner Menschen plötzlich und radikal verändert und einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie nach sich gezogen. Diese Maßnahmen haben sich aus derzeitiger Sicht insgesamt als wirksam erwiesen, die Infektionszahlen deutlich zu senken. Die Maßnahmen mussten schnell und ohne Zugriff auf vergleichbare Vorerfahrungen ergriffen werden.

Es hat sich in dieser Zeit gezeigt, dass die Lebenssituationen behinderter Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit häufig nicht ausreichend betrachtet und berücksichtigt wurden. Auch und insbesondere behinderte Menschen wurden über die ohnehin zu lösenden Anforderungen des täglichen Lebens hinaus von den Folgen der Pandemie schwer betroffen. Angefangen von den in vielen Fällen besonders hohen Risiken für eine Ansteckung oder einen sehr schweren Verlauf wurden auch die Hilfesysteme sowohl in besonderen Wohnformen wie auch in selbstbestimmten Wohnformen bedroht. Bald kamen

die vielen Todesfälle in Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe in den Blick.

Die ersten Reaktionen einer umfassenden Isolation führten zu einer Eindämmung der hohen Zahl von Todesfällen, müssen aber vor dem Hintergrund des Fehlens von Schutzkleidung, verschärften Personalmangels, und zu wenigen belastbaren Kenntnissen über die Verbreitungsformen des Virus aufgrund der aktuellen Erkenntnislage neu bewertet werden. Diese Form der Isolierung selbst von engsten Bezugspersonen führte in vielen Fällen zu kaum erträglichen Lebenssituationen.

Noch heute werden Menschen in besonderen Wohnformen - aus unserer Sicht unverhältnismäßig - von der Öffentlichkeit isoliert, während die Einschränkungen für die restliche Bevölkerung Stück für Stück gelockert werden. Die Logik des Lockerns auf der einen Seite und des „Schutzes(=Isolation) von Risikogruppen“ andererseits kann nicht akzeptiert werden.

Deutlich wurde auch, dass Einrichtungen des Gesundheitssystems wie das Gesundheitsamt oder Krankenhäuser geschult und sensibilisiert werden müssen und Notfallpläne überarbeitet werden müssen. Für viele Menschen mit Behinderung ist ein Krankenhausaufenthalt eine existentielle Bedrohung. Wenn beispielsweise Assistent*innen oder Gebärdendolmetscher*innen die Begleitung und Unterstützung im Falle einer Erkrankung untersagt wird, muss zwingend das Krankenhaus diese Leistungen erbringen. In den vergangenen Monaten haben wir die Erfahrung gemacht, dass sowohl Krankenhäuser als auch das Gesundheitsamt mit speziellen Fragestellungen zu diesen Themen überfordert sind. Dies bezieht sich auch auf die Probleme von behinderten Menschen, die außerhalb von Einrichtungen leben. Die Beschaffung von Schutzkleidung und Masken in selbstorganisierten Assistenzstrukturen erwies sich nicht nur als logistisches Problem, besonders erschreckend war es, dass sich wochenlang auch öffentliche Instanzen dafür nicht zuständig fühlten.

Mit der schnellen Entwicklung der Pandemie wurden verfügbare Informationen dazu, auch über ergriffene Maßnahmen, in nie gekanntem Ausmaß über die verschiedensten medialen Formate verbreitet. Lange Zeit abgehängt wurden Menschen, die leichte Sprache und Gebärdensprache benötigen. Diese barrierefreien Informationen mussten erst eingefordert werden und kamen dann mit erheblichen Verspätungen. Hier muss eine maximale Synchronisation für wesentliche Informationen das Ziel sein.

Die Pandemie hat verheerende Folgen für die öffentlichen Haushalte und insbesondere den Kölner Haushalt. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass die seitens der Stadt Köln unterstützten Strukturen zur Unterstützung behinderter Menschen in ihrer Arbeit oder sogar ihrer Existenz gefährdet werden. Gerade in diesen Zeiten hat sich gezeigt, dass diese Unterstützungsstrukturen besonders wichtig sind, nicht zuletzt, um die Lebenssituation und Rechte behinderter Menschen auch in Ausnahmesituationen im Blick zu behalten.

Gez. Horst Ladenberger

Für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Köln, 15.06.2020